

www.muerzzuschlag.kpoe.at

MHM

Mitteilungsblatt für
Mürzzuschlag - Hönigsberg - Ganz

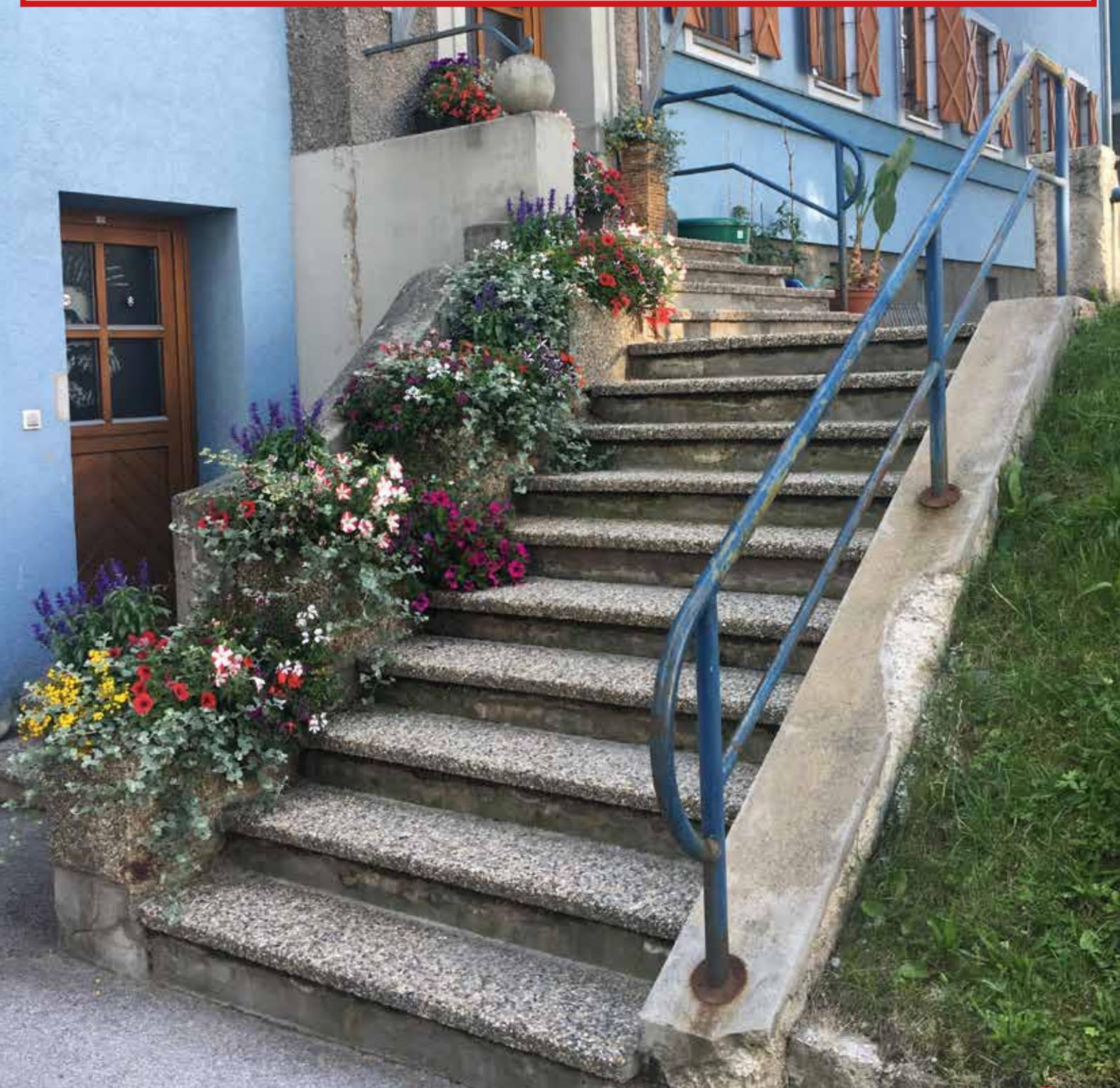
Information der **KPÖ**

periodisches Medium, zugestellt von post.at

Klein, aber
mit Biss!



Nr. 131 Juli 2018



**Einen schönen Sommer wünschen die Gemeinderäte der KPÖ
Sandra Kern, Stefan Sommersguter und Franz Rosenblattl**

Kommentar

Bedauerlich finde ich die Tatsache, dass die Kulturreferentin Ursula Horvath (SP) ihr Gemeinderatsmandat und damit ihre Funktion zurückgelegt hat.

Sie war, in ihrer stets freundlichen Art, eine jener wenigen Personen die über (fast) alle Parteigrenzen hinweg einfach als Kollegin nicht nur akzeptiert sondern auch gemocht werden konnte. In den letzten Jahren wurde sie aber immer mehr zur Zielscheibe der Mürzer FP. Der Grund war einzig der, dass sie Angestellte der Kunsthaus GesmbH ist.

Man kann nun zu dieser stehen wie man will, aber es ist einfach mies wenn politisches Kalkül über Menschlichkeit gestellt wird.

Aufgefallen ist vielen Mürzern, dass es heuer kein MHM Gartenfest gab. Um allen Gerüchten vorzubeugen: Es gab keinen tieferen Grund, lediglich sind seit der letzten Pause im Jahre 2012 wieder ein paar Jahre vergangen und es wurde wieder einmal Zeit um den Helfern und uns einen ruhigeren Sommerbeginn zu gönnen. Im nächsten Jahr gibt es das Gartenfest wieder. Versprochen!

Es fällt auf, dass der Frauenanteil im Mürzer Gemeinderat nur mehr 16% ausmacht oder andersrum sind von 25 Mandataren nur 4 Frauen. Konkret hat die SP eine Frau von 11, die FP eine Frau von 8, die KP eine von 3, die Grünen eine von 1 und die ÖVP hat 2 Mandate aber keine Frau. Dass dieses Missverhältnis entstanden ist, hat sicherlich auch damit zu tun, dass im Gemeinderat überwiegend bautechnische, finanzielle und wirtschaftliche Aufgaben und Themen überwiegen, während soziale, familiäre und gesellschaftliche Anliegen viel weniger Rolle spielen. Gleichzeitig hat aber auch der Umgangston und die Art und Weise wie Politik in letzter Zeit gemacht wird, eher eine abschreckende als eine anziehende Wirkung.

Darüber hinaus fühlt man sich des öfteren bei GR-Sitzungen in seine Kindheit zurückversetzt. Da werden vielfach (nicht immer) Wünsche ans Christkind geschrieben. Aber gar nicht so sehr aus dem Grund weil jene Fraktion so christlich oder wohltätisch sein will, sondern um hinzuweisen, dass die andern eben alles verhindern.

Abschließend darf ich allen Leserinnen und Leser einen schönen Sommer wünschen.

Franz Rosenblattl



Die Tagesordnung der Gemeinderats-Sitzung vom 21. Juni hatte keinen richtigen Schwerpunkt aber doch einiges Berichtenswertes zu bieten.

Aber vorerst gab es die Angelobung eines neuen Mitglied des Gemeinderates:

Jürgen Grill folgt Ursula Horvath

Zu einer Rochade war die SP- Gemeinderatsfraktion durch den Rücktritt von Ursula Horvath gezwungen. Sie legte überraschend ihr Mandat als Gemeinderätin und als Vorsitzende des Ausschusses für Kulturangelegenheiten und der Mürz Agentur zurück. Ihr folgt der, ebenfalls aus Hönigsberg stammende, Polizeibeamte Jürgen Grill.

Aus der Fragestunde:

Projekt Kaiserstein-Wilde Au

KP-Gemeinderat Sommersguter richtete an Bgm. Karl Rudischer die Anfrage wie der Stand der Dinge beim Projekt Wilde Au sei, immerhin wurde die Erstellung

einer Machbarkeitsstudie schon vor genau einem Jahr beschlossen. Bgm Rudischer dazu: „Wir warten immer noch auf eine detaillierte Projektdar-

stellung der Initiatoren.“ Mittlerweile hat der REV (Regionale Entwicklungsverband) die Initiatoren aufgefordert konkrete Details über das Vorhaben zu übermitteln. Man kann aber in Bälde mit Ergebnissen rechnen. (Wir sind gespannt...)



Laufstrecke mit Hindernissen

Die zweite Frage von Stefan Sommersguter betraf ebenfalls die Au. So wurde im Vorjahr durch massive Schlägerungsarbeiten des Eschenbestandes die Lauf bzw Gehstrecke von der Freiluftbühne bis zur Einmündung in die Eichhorntalstraße groß in Leidenschaft gezogen. Damals wurde in diesem Bereich als Sofortmaß-



DEM GEMEINDERAT – AUS - AUS DEM GEMEINDERAT – AUS DEM GEMEINDERAT –

nahme ein sehr grober und kantiger Schotter aufgetragen, der für die, dort laufenden Personen sehr unangenehm ist. Die Frage ist nun ob überhaupt und wann zu einer entgeltlichen Sanierung kommen wird. Der Bgm versprach sich der Sache anzunehmen.

Ganzsteinteufel & Kids Treff Hönigsberg

Gemeinderätin Kern richtete die Anfrage ob es für die „Ganzstoateifln“ schon ein Ersatzquartier gibt, da ja ihre bisheriges Vereinslokal im Fischerhof mitverkauft wurde. Bgm Rudischer kennt die Geschichte, da er seinerzeit dieses Lokal den Perchtenverein vermittelt hatte, hat allerdings keine Ahnung was sie vorhaben, bei ihm war noch niemand. Die zweite Frage betraf den Kids Treff Hönigsberg der im Pfarrsaal eine Bleibe gefunden hat. GRin Kern fragt dabei ob diese „Kids Treff“-Treffen, die jeden 2. Freitag im Monat stattfinden, angekündigt und durch die Gemeindezeitung beworben werden könnten.

DOSAG Häuser sind voll vermietet!

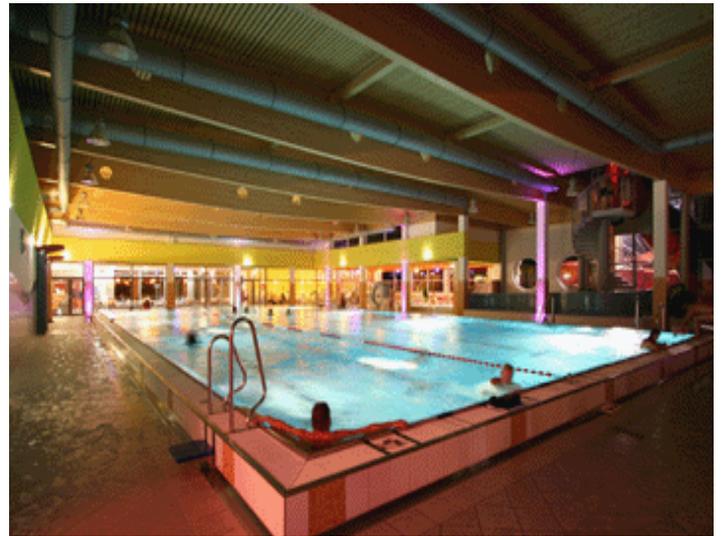
Bgm Rudischer konnte über die sogenannten DOSAG Häuser einmal was Positives berichten. Die 42 modernen, mit Lift ausgestatteten Wohnungen sind erstmals seit der umfassenden Sanierung voll vermietet! Diese Liegenschaft befindet sich zwar in Besitz der Gemeinde, aber es besteht ein Baurechtsvertrag mit der Brucker Wohnbau Genossenschaft. Dieser, seinerzeit gegen die Stimmen der KPÖ abgeschlossene Vertrag, verpflichtet die Gemeinde zu einer Ausfallhaftung für etwaig unvermietete Wohnungen.



Ein Betrag der in 6 Jahren auf 195 000 €uro angewachsen ist. Da die Sanierungskosten sehr hoch waren, ergaben sich sehr hohe Mieten. Dadurch standen immer wieder Wohnung leer, was der Gemeinde sehr viel Geld kostete. Der Bürgermeister bedankte sich bei der Hausverwaltung der Gemeinde sowie beim Wohnungsreferenten Rosenblattl für ihren Einsatz und für ihre Ideen um diese teuren aber hochwertigen Wohnungen zu vermieten. Somit kann man viel Geld einsparen, **Geld dass in Zukunft anderwertig sinnvoller eingesetzt werden kann.**

VIVAX braucht wieder Dachsanierung

Im September 2017 wurde bei einer Routineüberprüfung der sich am Dach befindlichen PV Anlage festgestellt, dass das vorhandene Flachdach beschädigt ist. Nach Öffnen der äußeren Dachhaut hat sich der Verdacht erhärtet, dass die Tragschicht (OSB Platten), stark durchfeuchtet sind. Nach mehreren Untersuchungen und einem Sachverständigengutachten wurde festgestellt, dass scheinbar durch die großflächig gelöste innere Verklebung der Dampfbremse Feuchtigkeit in die Dachelemente eingedrungen ist und sich die oberste Schicht wie vorher beschrieben durch-



feuchtet hat.

Erst vor 12 Jahren wurde das Dach saniert weil die Stahlträger angerostet waren. Nun bahnt sich höchstwahrscheinlich ein langwieriger Rechtsstreit an.

Der Stadtrat beauftragte in der Zwischenzeit Rechtsanwalt Mag. Freiberger, die ausführende Firma (ARGE) über die derzeitigen offensichtlichen Mängeln zu informieren und eine Mängelbehebung vorgeschlagen. Nachdem diesbezüglich keinerlei Zusage erreicht werden konnte, erfolgte über Antrag eine gerichtliche Beweissicherung von Herrn DI. Tesch und derweil wurde vom Geschäftsbereich Stadtplanung eine Ausschreibung aller für die Mängelbehebung notwendigen Arbeiten veranlasst. Klarerweise kann man eine rechtliche Entscheidung von Gemeindegeseite her nicht abwarten und wird mit der Sanierung sofort beginnen um im Herbst- Winter den Vollbetrieb wiederaufnehmen zu können. Die geplanten Sanierungskosten belaufen sich auf rund 300.000 €. Daher werden von Rücklagen diese Mittel vorgestreckt, in der Hoffnung, dass der Rechtsstreit erfolgreich beendet werden kann und die Gelder zurückfließen. **Träumen wird man wohl noch dürfen...**

Aus dem Gemeinderat

Übergangs-Krisenwohnung steht bereit

Im Jahre 2014 forderten die KP- Gemeinderäte Eisinger und Rosenblattl schon die Einrichtung einer gemeindeeigenen Krisenwohnung. Sie sollte Personen bei außergewöhnlichen Lebenssituationen wie Trennung, Wegweisung, Unbewohnbarkeit der alten Wohnung durch Feuer, Wasser usw schnell und unbürokratisch zur Verfügung stehen. Diese kann für einen Zeitraum von 3 Monaten, der in Ausnahmefällen auf 6 Monate erweitert werden kann, zur Verfügung stehen. Diese Wohnung ist voll möbliert und mit allen Haushaltsgegenständen ausgestattet.

Bei Leerstand der Wohnung wird der Betriebskostensatz vom Sozialreferat, der Mietausfall von der Hausverwaltung getragen. Bei Vermietung haben die Mieter 320 € für ein Monat zu bezahlen. Natürlich greift auch im Anspruchsfall das Mürzer Mietzuzahlungsmodell.

Dass diese Einrichtung ein weiterer Erfolg der KP- Wohnungspolitik darstellt braucht wohl nicht extra erwähnt werden

Beitritt zu „Audit familienfreundliche Gemeinde“

460 Gemeinden Österreichs sind schon dabei. Darüber hinaus will Mürzzuschlag das UNICEF-Zusatzzertifikat „Kinderfreundliche Gemeinde“ erhalten. Ein Audit untersucht, ob Prozesse, Anforderungen und Richtlinien die geforderten Standards erfüllen.

Ziel dieses Audit ist unter anderem auch, dass Mürzzuschlag eine familienfreundliche Gemeinde werden soll. **(Jahrzehntelang wurde immer behauptet das dies ja schon der Fall wäre)** Ebenso soll in der Gemeinde die Familien- und Kinderfreundlichkeit weiterentwickelt und öffentlichkeitswirksam gemacht werden. Alle Generationen sollen durch aktive Bürgerbeteiligung eingebunden werden. Die Gemeinde soll langfristig von einer nachhaltigen familienfreundlichen und generationenübergreifenden Gemeindepolitik profitieren und dadurch ihre Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort steigern. Die Erstkosten betragen 775.- für das Gutachten. Es sollen aber auch noch Kosten für die Projektumsetzung anfallen. Als Auditbeauftragter wurde Hannes Koudelka eingesetzt.

Ob die „Spielgeräte“ am Stadtplatz die ersten Duftmarken für die „familienfreundlichen Gemeinde“ sind?



Olympia ade



Olympia-Absage – ein Gewinn für die Demokratie

Elke Kahr: „Danke an alle, die unsere Initiative unterstützt haben.“

„Das ist eine große positive Überraschung. Das übertrifft alle meine Erwartungen“. Das sagte die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr vorigen Freitag-Nachmittag zur Meldung, dass das ÖOC die Unterstützung für olympische Winterspiele in der Steiermark 2026 zurückzieht.

„Anscheinend ist die Ablehnung des Abenteuers Olympia in der steirischen Bevölkerung noch größer als wir das auf unseren Infoständen gespürt haben. Das ÖOC hat deshalb die Reißleine gezogen und will der steirischen Landesregierung den schwarzen Peter dafür zuschieben.

Sicher hat die finanzielle Zurückhaltung des Landesfinanzreferenten bei dieser Entscheidung eine Rolle gespielt. Wesentlich war aber der Druck von unten. Nachdem feststand, dass wir in Graz genügend Unterstützungserklärungen für eine Volksbefragung gesammelt hatten, musste es zu einer Entscheidung kommen.“

Nagl's Prestigeobjekt verhindert

Für die Grazer Bevölkerung ist eine weitere Erfahrung wichtig. Bürgermeister Nagl und seine schwarzblaue Rathauskoalition können nicht in alle Ewigkeit herumfuhrwerken, wie sie wollen. Auch ihren Projekten kann man Einhalt gebieten, wenn man gemeinsam handelt.

Die KPÖ warnt Bürgermeister Nagl davor, jetzt mit dem Finger auf die KPÖ und ihre Initiative für eine Volksbefragung zu zeigen. Das überhastet und in Wirklichkeit planlos und ohne Absprache mit Bund und Land im Umfeld des Schladminger Nachtrennens vom Zaun gebrochene Abenteuer Olympia betrachtete Nagl als sein persönliches Prestigeobjekt.

Die KPÖ bedauert, dass in den vergangenen Wochen und Monaten sehr viel Geld aus Steuermitteln dafür aufgewendet worden ist. Elke Kahr: „Gleichzeitig sind wir froh darüber, dass uns allen eine große finanzielle Zusatzbelastung erspart wird.“

Erleichterung herrscht auch beim Landtagsklub der KPÖ: „Im steirischen Gesundheitswesen sind wir mit brutalen Einsparungen konfrontiert. Das Abenteuer Olympia hätte das Land noch viel tiefer in die Krise gestürzt“, so KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

SERVICE

Diverses

WOHNEN: Kontrolle bei Betriebskosten lohnt sich!

Bei der Prüfung von Betriebskostenabrechnungen stoßen wir immer wieder auf „Unregelmäßigkeiten“.

In einem Fall wurde von einem Immobilienbüro die längst geleistete Nachzahlung aus dem Jahr zuvor der aktuellen Abrechnung vorgetragen, das heißt hinzugezählt. Der Mieter sollte sie also doppelt bezahlen! In einem anderen Fall fand sich in der Betriebskostenabrechnung die Position „Heizungsreparatur“. Reparaturen aller Art sind definitiv keine Betriebskosten und müssen vom Vermieter aus der Mietzinsreserve bezahlt werden.

Mit der Betriebskostenabrechnung erhalten viele Mieter auch neue Mietzinsvorschreibungen, die – zurückhaltend formuliert – nicht dem geltenden Recht entsprechen: Mieterhöhungen von 30 Euro mit der saloppen Begründung, dass „alles teurer wird“, sind ebenso unzulässig wie jene, wo die Vermieterin vom verdutzten Mieter 50 Euro mehr Miete kassieren wollte, weil seine Lebensgefährtin bei ihm eingezogen ist! Und für manche Vermieter noch immer reizvoll ist die Verrechnung der Kosten für die Vergebührung des Mietvertrages. Und das, obwohl diese 2017 abgeschafft worden ist...

Leider glauben nach wie vor viele Mieterinnen und Mieter „eh nichts dagegen tun“ zu können. Manche befürchten sogar, dass sie gekündigt oder gar aus der Wohnung „hinausgeschmissen“ werden können, wenn sie sich gegen eine Ungerechtigkeit zur Wehr setzen. Das ist falsch! Wenn Sie der Meinung sind oder den Verdacht haben, dass eine Betriebskostenabrechnung nicht korrekt ist, eine Vorschreibung zu hoch ist oder Sie sonst einer Ungerechtigkeit ausgesetzt sind, zögern Sie nicht, die Hilfe unserer Beratungsstelle in Anspruch zu nehmen. In vielen Fällen kann Ihnen geholfen werden.



Wussten Sie ...

...dass die MHM die einzige Parteizeitung in Mürzzuschlag ist, die in Mürz auch gedruckt wird. Alle anderen drucken Auswärts reden aber immer von der Förderung der heimischen Betriebe

★

...dass in den Ministerbüros der schwarz-blauen Regierung 175 Leute angestellt sind, um 11 mehr als bei rot-schwarz.

★

...dass der Ausstieg der Steiermark aus dem „Kleinen Glücksspiel“ in weite Ferne gerückt ist. Bis 31.12.2027 gelten die Bewilligungen der drei legalen steirischen Anbieter. SPÖ, ÖVP und FPÖ legten sich bereits am 10. April 2018 fest, über das Jahr 2028 hinaus Bewilligungen für weitere 12 Jahre zu erteilen.

★

...dass die Fahrpreise für Bus und Bahn mit 1. Juli um 3,6 Prozent teurer wurden. Die Seniorenermäßigung ist weiter an den ÖBB-Ausweis gebunden. Ein Vorstoß der KPÖ im Landtag, diese Schikane abzuschaffen, wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

★

...dass die EU bei den Menschen in Europa nicht gut ankommt. Das zeigen der Austritt Großbritanniens und auch die neue Regierung in Italien.

★

...dass in Brüssel ausrangierte Politiker sitzen, die aber über unser Land bestimmen.

★

...dass der Asylgipfel vom 24. Juni wie erwartet keine Lösungen gebracht hat. Es gibt zwar wieder einmal einen Plan – diesmal 10 Punkte – aber sonst nur Luftblasen.

★

SOZIALBERATUNG DER KPÖ

ANONYM-UNABHÄNGIG – VERTRAULICH

Fragen zu Mindestsicherung, Wohnungsproblemen, familiäre Fragen, arbeitsrechtliche und andere Probleme.

Helfen statt Reden!

Geben statt nehmen!

Dienstag 24. Juli ab 13.30 Uhr

Voranmeldung unter der Telefonnummer 0650 2710550 oder per

E-Mail an kpoemuerz@gmail.com ist unbedingt erforderlich!

DAS NEUE ARBEITSZEITGESETZ

Das neue Arbeitszeitgesetz: Arbeiten bis zum Umfallen

ÖVP und FPÖ machen ernst mit ihren Plänen zur Einführung eines

12-Stunden Arbeitstages. Bisher war ein solcher nur in Ausnahmefällen möglich. Im Eilverfahren wird

der Gesetzesantrag, ohne Begutachtung durch das Parlament gepeitscht.

Wenige Stunden nachdem der ÖGB seinen Bundeskongress beendet hatte, wurden die Pläne zur Verlängerung der Arbeitszeiten durch ÖVP und FPÖ bekannt. Diejenigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen, die auf dem Kongress noch auf einen Dialog auf Augenhöhe gehofft hatten, haben nun hoffentlich auch erkannt, dass



*Es ist klar, dass man nicht aus Justament-
Standpunkt „Ich will nicht“ sagen kann.*

FPÖ-Sozialministerin Hartinger-Klein

dies mit dieser Regierung nicht möglich ist. Wolfgang Katzian steht damit als neuer ÖGB Präsident vor seiner ersten Bewährungsprobe. Entgegen den üblichen Gepflogen-

heiten versuchen ÖVP und FPÖ eine Begutachtung des Gesetzes und damit kritische Stellungnahmen zum Inhalt zu verhindern. Dabei hat es der Wortlaut in sich. Wöchentlich sind in Zukunft bis zu 60 Stunden Arbeit zulässig, täglich bis zu 12 Stunden. Bisher sind 12 Stunden nur im Ausnahmefall möglich und wöchentlich maximal 50 Stunden erlaubt.

Abschaffung der Überstundenzuschläge

Zentral bei der Neuregelung ist die Frage der Überstundenzuschläge. Die Arbeiterkammer hat errechnet, um welche Summe es dabei geht. In ihrer niedrig angesetzten Schätzung geht sie davon aus, dass es sich um 1,5 Milliarden Euro handelt, die sich die Unternehmen durch eine Abschaffung ersparen könnten und die den ArbeiterInnen durch die Finger gehen.

Recht offen haben etwa Karlheinz Kopf (Wirtschaftskammer) und der Präsident der Industriellenvereinigung, Georg Kapsch, zugegeben, dass es bei Gleitzeitvereinbarungen zu

Flexible Arbeitszeiten bringen Vorteile für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vater oder Mutter können zum Beispiel abends im Home-Office arbeiten, wenn die Kinder schlafen.

WKO Österreich

Verlusten kommen kann. Bisher waren bei Gleitzeit nämlich nur 10 Stunden täglich ohne Zuschlag möglich. Für die elfte und zwölfte Stunde fielen immer Überstundenzuschläge an. In Zukunft wäre das laut Initiativantrag nicht mehr der Fall. Laut ÖGB betrifft die Regelung eine Million ArbeitnehmerInnen. Zudem sieht die Gesetzesänderung auch vor, dass Zeitguthaben zukünftig mehrmalig auf den nächsten Durchrechnungszeitraum übertragen werden können. Geleistete Überstunden werden damit über Jahre hinweg nicht entlohnt.

Von wegen Freiwilligkeit

Gerne und oft wird von Seiten der Regierung und Industrie die Freiwilligkeit betont. Im Initiativantrag ist davon aber nichts zu bemerken. War es bisher

Das ewige Jammern im Jammertal der unselbständig Erwerbstätigen hält keiner mehr aus. Es ist das Wehklagen der Wertlosen.

Ing. Gerald Kohl, ÖVP-Wirtschaftsbundmitglied

Infobox:

Das sieht der Initiativantrag von FPÖ und ÖVP vor!

(Blau: Streichungen, Rot: Einfügungen)

Arbeitszeit:

Die Tagesarbeitszeit darf **zehn** ~~zwölf~~ Stunden und die Wochenarbeitszeit **50** ~~60~~ Stunden nicht überschreiten, sofern die Abs. 2 bis 4 nicht anderes bestimmen. [...]

Die tägliche Normalarbeitszeit darf **zehn** ~~fünfmal pro Woche bis zu zwölf~~ Stunden **nicht überschreiten** betragen.

Zeitguthaben:

Der Kollektivvertrag kann bei einer Arbeitszeitverteilung gemäß Abs. 4 und 6 eine **mehrmalige** Übertragung von Zeitguthaben **und Zeitschulden** in **den** ~~die nächsten~~ **Durchrechnungszeitraum** ~~Durchrechnungszeiträume~~ zulassen.

Freiwilligkeit:

Arbeitnehmer können Überstunden [...] **aus überwiegenden persönlichen Interessen ablehnen, wenn durch diese Überstunden die Tagesarbeitszeit von zehn Stunden oder die Wochenarbeitszeit von 50 Stunden übersteigt.**

Wochenend- und Feiertagsarbeit:

Bei vorübergehend auftretendem besonderem Arbeitsbedarf können durch Betriebsvereinbarung Ausnahmen von der Wochenend- und Feiertagsruhe an vier Wochenenden oder Feiertagen pro Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer und Jahr zugelassen werden. Eine Ausnahme von der Wochenendruhe kann nicht an vier aufeinander folgenden Wochenenden erfolgen.

so, dass der Unternehmer begründen musste, warum 12-Stunden Arbeit notwendig sind, so müssen in Zukunft die Beschäftigten einen Grund anführen, wenn sie eine Ausnahme haben möchten, weil sie beispielsweise ein Kind zu betreuen haben. Ebenso wird die Wochenend- und Feiertagsarbeit mit dem Gesetz an vier Wochenenden im Jahr ermöglicht. Auch am Wochenende dürfen Überstunden laut Initiativantrag nur bei überwiegendem persönlichen Interesse abgelehnt werden.

Gesundheitliche Konsequenzen Über Freizeit, Wahlmöglichkeiten und lange Wochenenden als Ausgleich für verlängerte Arbeitstage verliert der Gesetzesentwurf kein Wort. Dabei steigt mit zunehmender Arbeitszeit das gesundheitliche Risiko enorm an. Bei über 55 Wochenstunden erhöht sich

PREISRÄTSEL

beispielsweise das Schlaganfallrisiko um 33 Prozent. Ab der zehnten Stunde geschehen die meisten Arbeitsunfälle und bei einem 12-Stunden-Tag wird zum Schluss auch der Heimweg noch zur Gefahr.

Abänderungsantrag

Aufgrund des öffentlichen Druckes haben die Regierungsparteien einen

Abänderungsantrag zu ihrem eigenen Initiativantrag eingebracht. Dieser kann jedoch getrost als Papiertiger bezeichnet werden. Zu der im Abänderungsantrag angekündigten Freiwilligkeit der 11 und 12 Stunde bzw. dem Risiko nein zu sagen, meint etwa der Präsident der Industriellenvereinigung Georg Kapsch im Kurier, dass jemand der nicht leistungswillig sei, generell

ein höheres Risiko habe gekündigt zu werden. Die AK hält beispielsweise auch fest, dass es auch im Abänderungsantrag keinen Anspruch auf eine vier Tage Woche gibt und dass die Einbindung des Betriebsrates nach wie vor nicht gegeben ist. Alles in allem bleiben die Verschlechterungen also bestehen und es besteht kein Grund den Aussagen von FPÖ und ÖVP Glauben zu schenken.

Zwei Neuerung gibt es beim MHM Preisrätsel. Zum ersten gewinnen nun 6 LeserInnen und zum zweiten erhöhen den Wert der Preise! Viel Spass beim Mitmachen.

DIE GEWINNER DES LETZTEN RÄTSELS SIND: 1. Preis: 40 €uro Gutschein: Andreas Leitner 2. Preis 30 € Gutschein: Monika Koschutnig 3. Preis 20 € Gutschein: Christiane Haiden 4-6 Preis je 1 Flasche Red Roots Wein vom Weingut Markowitsch: Christina Steiner, Eleonore Tomberger, Erika Ochensberger.

1	2	3	4	5	6	7	8
9					10		
	V			11	VI		
12	I	13			14		15
16			X	17			
		XIII		18		19	III
20	21	22	23		VII	24	25
26		IX			27	28	
VII			29	30			31
32	33				XII	34	35
			36	37			
38	39	IV				40	XI
41			II		42		

1. als Gespenst umgehen
2. Weitsichtgerät
3. Ackerboden umbrechen
4. weit weg gelegene Gegend
5. am Tagesanfang
6. Baumrinde
7. Laubbaum
8. aufrecht halten auf den Füßen
9. scharfes Gewürz
10. Früchte
11. Nervosität, Erregung
12. Flussursprung
13. Stimmzettelbehälter
14. Platz, Stelle
15. Schrifttum
16. aufhören
17. unterirdischer Raum
18. Nachbarschaft
19. unbestimmter Artikel
20. veranlassen, Anstoss geben
21. langharriger Rassehund
22. Krankenbescheinigung
23. Kraftfahrzeug, Wagen
24. Himmelsrichtung
25. Recht
26. Gelegenheit
27. Wasservogel
28. kleine Brücke
29. Opernsolo
30. Schreibwarenartikel
31. Sand-, Schneeanhäufung
32. Sprachelement
33. Schnee schmelzen
34. Körperteil
35. Fragewort
36. persönliches Fürwort
37. Wandverkleidung aus Papier
38. Summe der Lebensjahre
39. Gewinner
40. Kopfbedeckung
41. ein Schiff stürmen
42. Monatsname

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII
---	----	-----	----	---	----	-----	------	----	---	----	-----	------

Name: _____

Strasse: _____

Telefonnr: _____



Das Gewinnlösungswort ergibt sich aus den Lösungsbuchstaben in den römisch nummerierten Feldern. Um beim Gewinnspiel mitzumachen, einfach Lösungswort mit Ihrer Anschrift an KPÖ Mürzzuschlag übermitteln. Via E-Mail: kpoemuerz@gmail.com, an KPÖ, Wienerstraße 148, 8680 Mürzzuschlag senden oder einfach in das Postkasterl einwerfen. Einsendeschluss 6. August 2018. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Ein Sommer mit Freunden im Kinderland Feriendorf am Turnersee



Textauszug von der Erzählung „Stramm“

... Das bekamen die Stahlarbeiter, folgert daraus Stramm auch erinnernd an die Zeit, als die Schwerindustrie in die Krise kam, am stärksten zu spüren. Denn als die Nachfrage am Weltmarkt an Stabstahlprodukten nachließ, und nur mehr Bleche, unter anderem für die aufkommende Autoindustrie gefragt waren, schloss man einfach die Stabstahlabteilungen in einigen Werken. Nicht nur in dem Walzwerk, wo Stramm, wie erwähnt gearbeitet hat. Das war ein Grund, warum dort die Möglichkeit bestand, als erstes die Arbeiter, egal ob sie in der Stabstahlproduktion beschäftigt waren oder nicht, die keine Mitglieder der Sozialistischen Partei waren, in andere Standorte der Stahlindustrie wie Maschinenteile zu versetzen. Stramm zum Beispiel bekam eine Woche vor der Schließung der Stabstahlabteilung, ohne dass er vorher von irgendwem mündlich benachrichtigt wurde, vom Personalbüro einen eingeschriebenen Brief an seine Privatadresse zugestellt, in dem zu lesen war, dass Stramm sich nächste Woche montags in der Früh im nächsten Standort des Stahlkonzerns einzufinden habe, wenn nicht, ist das eine Arbeitsverweigerung.

Das Buch ist bei der Redaktion der MHM zum Preis von 11 Euro (kpoemuerz@gmail.com oder unter der Handynummer 0650 2710550) zu bestellen.

Mürzer Stammtisch



„Host scho g`hert, da Stodtplotz wird neu g`staltet?“
 „Na super, kumman endlich a poor Autos weg und wird dafia mehr Plotz fia die Leit?“
 „Na, des net, oba Spielgeräte werden aufgestellt...“
 „Oh, do hot Miaz endlich amoi a Alleinstellungsmerkmal?“
 „Wos isn des schon wieder fia a Begriff?“
 „Des is wos, wos sonst neamt hot. Parkplotz und Spielplotz in oan!“

Historische Fotos: Gasthaus Waldfrieden im Ganztal



Das Gasthaus von Frau Antonia Kroisleitner - hoch offiziell hieß es „Gasthaus zum Waldfrieden“, war eines der vielen Gasthäuser im Gemeindegebiet von Ganz. Es diente den Ganztalern als Treffpunkt und den Mürzern als Einkehrgasthaus beim Sonntagsspaziergang.